Ausgabe 007 November 2012

AGENDA 2020

Seiten 4 - 6

Strategie EUROPA 2020

Seite 7

20 Jahre und kein Ende

Seite 12 - 14

NETZEIT

EINE ZEITUNG DES ARMUTSNETZWERKS

Inhalt der Ausgabe:

Seite 4 Agenda 2020 - Das Schüren von Ängsten als Mittel, die Agenda 2010 voranzutreiben

Seite 8 Europäische Plattform gegen Armut und Ausgrenzung

Seite 10 Fliegende Menschen

Seite 11 Zukunft gestalten -
Partnerschaft zwischen dem Armutsnetzwerk e.V. und dem Verein Baku

Seite 12 20 Jahre und kein Ende - die Bevölkerung verarmt, die Tafeln tischen auf

Seite 14 Urteile

Seite 15 Common oder nicht?
Bericht von der 9. Österreichischen Armutskonferenz

Seite 16 KUNST HILFT GEBEN - für Arme, gegen Hunger in Köln
Rede von Brigitte Hartung zur Kunstausstellung

Agenda 2020:
Das Schüren von Ängsten als Mittel, die Agenda 2010 voranzutreiben

Von Wolfgang Lieb.
Nachdem die verelendende Schock-Therapie für die südeuropäischen Länder inzwischen die Hoheit an den Stammtischen gewonnen hat, wird nun die Angst vor den „zwei- bis dreistelligen Milliardenlasten, die auf den deutschen Steuerzahler zukommen“ geschürt und nicht nur von den Griechen sondern auch von den Deutschen verlangt, „die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen“, um „endlich für eine nachhaltige Sanierung der eigenen Staatsfinanzen zu sorgen“, um „Staat und Wirtschaft fit für die Zukunft zu machen“. Die Haftung der Steuerzahler für das Versagen der Politik und der Finanzwirtschaft wird von den Propaganda-Bataillonen der Konservativen unter den Teppich gekehrt und zur Rettung aus der Krise „ein reformpolitischer Neustart“, eine „Agenda 2020“ gefordert.
Lesen Sie den Beitrag ab Seite 4

Common oder nicht?

9. ÖSTERREICHISCHE ARMUTSKONFERENZ

Die Workshops konnten thematisch kaum besser gewählt werden, alle fanden einen nie gesehenen Zuspruch.

"Ich habe es noch nicht erlebt, dass wärend der Workshops alle Flure des Tagungshotels wie ausgestorben da lagen. In früheren Jahren wurden die Arbeitsgruppen sehr oft verlassen und so war immer viel Betrieb auf den Fluren, "so Eugen Bierling-Wagner, geschäftsführender Koordinator.

Weiter auf Seite 15

„Versteckten Hunger gibt es auch in Deutschland“

Professor Gerhard Trabert, stellvertretender nak-Sprecher, zum Welternährungstag am 16. Oktober 2012:

„Eine ausgewogene Ernährung ist für die physische und psychische Entwicklung junger Menschen mitentscheidend“, hält Professor Gerhard Trabert, stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak) anlässlich des Welternährungstags am nachfolgenden Dienstag fest. Wie weit die Menschheit von diesem Ziel entfernt ist, zeigen indes folgende Zahlen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen: Demnach hungern rund 925 Millionen Menschen weltweit. Das bedeutet, dass sich jeder siebte Erdenbürger nicht ausreichend ernähren kann.

Neben dem offensichtlichen Hunger, der auf einen leeren Magen zurückgeht, gibt es auch den so genannten versteckten: Schlechte Ernährung gekennzeichnet von einem Mangel an Mikronährstoffen führt häufig zu Infektionskrankheiten, behindert die geistige und körperliche Entwicklung und kann mittelfristig zum Tod führen.

Vor allem vom versteckten Hunger sind auch in Deutschland viele Bürgerinnen und Bürger betroffen. In erster Linie Kinder und Jugendliche, die in ALG II-Haushalten aufwachsen, können sich wegen finanzieller Not häufig nur mangelhaft ernähren: „Aufgeteilt auf die einzelnen Mahlzeiten steht ihnen teilweise nicht einmal 1 Euro pro Frühstück, Mittag- sowie Abendessen zur Verfügung“, rechnet Trabert vor. Und: „Der Ernährungsetat für Bezieher von Arbeitslosengeld II ist einfach zu niedrig und muss dringend aufgestockt werden“, fordert der Mediziner.

Foto: Gerhard Zamzow

Agenda 2020

Die erzkonservative „Welt am Sonntag“, für die selbst die schwarz-gelbe Regierung viel zu lasch agiert, hat schon mal die Vorschläge der neoliberalen Propaganda-Agenturen in fünfzehn „Spar- und Reformvorschläge“ zusammengefasst. Eine „Agenda 2020“ müsse dringend in Angriff genommen werden müssten, „dass wir nicht zurückfallen und das verschenken, was wir uns mühsam erarbeitet haben“. Vom Institut der deutschen Wirtschaft, über den IWF, dem inzwischen privaten Versicherungsberater, Bert Rürup, dem Sachverständigenrat, dem von der Post gesponserten IZA , der OECD bis hin zu Wolfgang Clement sind in dieser „Agenda 2020“ die „Reform“-Vorschläge der üblichen Verdächtigen zusammengeklaubt.

Das Prinzip dieser „Reformen“ ist schlicht:

Die Dosis der Rezeptur, die die Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben und die Spaltung in Arm und Reich vertieft hat, die Lohn- und Steuerdumping ermöglicht hat, prekäre Arbeit zur Normalität werden ließ und den Abbau des Sozialstaat forciert hat, soll einmal mehr erhöht werden.
Die von der neoliberalen Droge Abhängigen verlangen mehr vom gleichen „Stoff“:

1. Steuersystem: Abschaffung der Gewerbesteuer, die Mehrwertsteuer und die Einkommensteuer müssten vereinfacht werden. Schon die Debatte über Transaktionssteuern, Vermögensabgaben oder die Reichensteuer schade „dem Wirtschaftsstandort Deutschland“.

Anmerkung: *Der Unternehmenssteuersenkungswahn soll also weiter vorangetrieben und die Steuern für die Masse der Bevölkerung sollen erhöht werden. Jede Besteuerung der explodierenden Spitzeneinkommen oder der exorbitant angestiegenen Vermögen oder des schnellen Geldes im Finanzkasino gilt natürlich als Gift für den „Wirtschaftsstandort“. Unter „Wirtschaft“ wird offenbar nur noch die Erhöhung der Profite und der Boni der Manager und die Zunahme des Reichtums von einigen Wenigen verstanden.*

2. Altersgrenze: Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 könne nur ein Anfang sein. Die Altersgrenze müsse regelmäßig der steigenden Lebenserwartung angepasst werden; am besten wäre es, die „starre Altersgrenze“ einfach ganz abzuschaffen. Selbst Clements Vorschlag, dass auch 80-Jährige noch arbeiten sollten, wird ins Gespräch gebracht. Damit könnten die Alten ihre Rentenansprüche kräftig aufbessern und Altersarmut verhindert werden. Der Sozialstaat wäre entlastet.

Anmerkung: *Die perfekte Lösung wäre doch, die Rente erst ab Ableben, dann könnte man sich die Rentenversicherung gleich ganz ersparen. Man müsste dann allerdings noch die private Altersvorsorge zur gesetzlichen Pflicht machen, damit würde man das Subventionsprogramm für die Finanzwirtschaft „optimieren“.*

3. Einwanderung: Die Zuwanderung müsse gezielt nach dem Bedarf des Arbeitsmarkts gesteuert werden. Ausländische Universitätsabsolventen müssten zum Bleiben motiviert werden.

Anmerkung: *Das ohnehin schon ausgehöhlte und durch die europäische Überwachungs-Union namens „Frontex“ leerlaufende Grundrecht auf Asyl sollte wohl am besten ersetzt werden, durch ein Anwerberecht, das für eine Reservearmee von Arbeitskräften sorgt, um dann durch das Überangebot an Arbeitnehmern die Löhne im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit weiter zu senken.*

4. Hartz IV: Senkung des Hartz-IV-Satzes für erwerbsfähige Leistungsbezieher um 30 Prozent. Wer keinen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt findet, dem müsse der Staat eine „Arbeitsgelegenheit“ bieten. Und natürlich darf die Forderung nach einem Kombilohn nicht fehlen.

Anmerkung: *Das selbst vom Bundesverfassungsgericht geforderte „Existenzminimum“ kann also locker um 30 Prozent unterschritten werden. Wer keinen Job findet, wird einfach zur Zwangsarbeit („Workfare“) in „Arbeitsgelegenheiten“ herangezogen. Und der Idealfall für die Wirtschaft ist natürlich der Kombilohn, das heißt der (durch Steuersenkungen ausgeblutete) Staat bezahlt die Löhne.*

5. Ausgabenbremse: Die Schuldenbremse ist nicht genug. Sie beinhalte die Gefahr, dass die Politiker die Einnahmen (Steuern) erhöhten. Deshalb komme aus der hiesigen Industrie der Vorschlag eine „Staatsbremse“ einzuführen, wonach jede Mehrausgabe an anderer Stelle durch eine Minderausgabe zu decken wäre.

Anmerkung: *Die ohnehin nahezu jede staatliche Konjunktur- und Beschäftigungspolitik blockierende „Schuldenbremse“ soll also noch durch eine „Staatsbremse“ in der Verfassung verschärft werden.*
„Staatsbremse“ ist immerhin (noch) eine ungeschminkte Umschreibung dessen, was gemeint ist: Nämlich den Staat vollends auszubremsen. „Starve the beast“ (Hungert den Staat aus) war schon der Schlachtruf der Reagonomics und des Thatcherismus. Da auch der Staat von der Inflation betroffen ist, bedeutet allein dies einen weiteren kontinuierlichen Abbau des Sozialstaats und vor allem bedeutet die „Staatsbremse“ einen absoluten Schutz vor einer gerechteren steuerlichen Heranziehung der Gewinner der Finanzkrise.

6. Kündigungsschutz: Streichung des gesetzlichen Kündigungsschutzes. Ersatz durch ein Abfindungsmodell

Anmerkung: *Dass jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag nur noch zeitlich befristet ist, dass die Zahl der Leiharbeiter, die jederzeit wieder vor die Tür gesetzt werden können, auf knapp eine Million gestiegen ist, dass die Kündigungszeiten verkürzt und Kündigungsverfahren erleichtert wurden, das alles ist nicht genug. Dem Prinzip „hire and fire“ soll endgültig zum Durchbruch verholfen werden.Bei einem Abfindungsmodell könnten dann Kündigungen endlich ohne Rücksicht auf soziale Auswahlkriterien ausgesprochen werden.*

7. Familien: Kindergeld, Ehegattensplitting etc. auf den Prüfstand.

Anmerkung: *Interessant ist nur, dass die Interessenvertreter der Groß-Wirtschaft das Elterngeld und das Betreuungsgeld in Frage stellen. Nichts gegen Frauenerwerbstätigkeit, aber wo – außer bei der Forderung an den Staat nach einem „umfassenden Betreuungsangebot“ – bleiben die Forderungen nach gleicher Bezahlung von Mann und Frau, nach gleichen Aufstiegschancen, nach konkreten Angeboten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Es geht ausschließlich um Kürzungen bei der staatlichen Familienförderung. Wenn überhaupt, sind Frauen bestenfalls als Lückenbüßer für den Fachkräftemangel erwünscht, als Teilzeitkraft oder auf den beruflichen Bedarfsfeldern in schlecht bezahlten Pflegeberufen im Krankenhaus oder im Altersheim.*

8. Bildung: Arbeitnehmer müssen flexibel sein

Anmerkung: *Die berufliche Weiterbildung liegt nach diesen Vorstellungen natürlich ausschließlich im Verantwortungsbereich der Arbeitnehmer selbst. Wer nicht sein Leben lang flexibel und anpassungsfähig ist, ist selbst schuld, wenn er auf der Strecke bleibt.*

9. Pflege: Pflicht zur zusätzlichen kapitalgedeckten Pflegeversicherung

Anmerkung: *Der bisher (noch) freiwillige „Pflege-Bahr“ ist, nach dem Flop der Riester-Rente nicht genug. Die „Lohnnebenkosten“, d.h. die Arbeitskosten für die Unternehmen müssen weiter gesenkt werden, die Beiträge für die gesetzliche Pflegesicherung bloß nicht erhöht werden.*

10. Gesundheit: „Kopfprämie“, mehr Eigenbeteiligung bei den Gesundheitskosten.

Anmerkung: *Mit der einkommensunabhängigen „Kopfprämie“ für die Krankenversicherung (also für alle den gleichen Beitragssatz) würden die oberen Einkommen weiter entlastet und die Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben. Die bisherigen Leistungseinschränkungen bei Medikamenten und Behandlungsmethoden oder beim Zahnersatz, die Praxisgebühr, die Zuzahlung bei Medikamenten, die durch die „Gesundheitsreform“ eingeführten Zuschläge zur Krankenversicherung, alle diese Abwälzungen auf den Rücken der Patienten sind also noch nicht genug.*

11. Freiberufler: Deregulierung der Honorarordnungen für Freiberufler. Apotheken oder Notariate als Aktiengesellschaften

Anmerkung: *Was den Banken recht ist, soll den Freiberuflern nur billig sein. Der Deregulierungswahn soll weitergehen.*

12. Bundesländer: Fusion kleinerer Länder mit größeren Nachbarländern. Neuregelung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Anmerkung: *Nachdem inzwischen der Systemwechsel vom „kooperativen Föderalismus" zum „Wettbewerbsföderalismus" etwa im Bildungswesen erkennbar gescheitert ist und schon wieder an eine Aufhebung des „Kooperationsverbotes" im Grundgesetz nachgedacht wird, wollen die Hardliner des Wettbewerbsdenkens zwischen den staatlichen Ebenen den „Wettbewerb" sogar noch verschärfen und das Chaos in Deutschland noch erhöhen und zudem die Ungleichheit der Lebensverhältnisse vorantreiben.*

13. Energie: Energiewende mittels marktwirtschaftlicher Prinzipien. Vom „planwirtschaftlichen System des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abrücken.

Anmerkung: *Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass die Energieoligopole weiter die zukünftige Energiepolitik bestimmen und die Markteinführung erneuerbarer Energien zugunsten der fossilen Energieträger oder gar der Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke gestoppt werden soll.*

14. Bürokratie: Bürokratieabbau. Eine zentrale Kommission, die nach Regeln sucht, die Unternehmen gängeln.

Anmerkung: *Wieder einmal ist „Deregulierung" das Allheilmittel. Was hat eigentlich der Europabeauftragte für den Bürokratieabbau in Europa, der gewiss konservative Edmund Stoiber (CSU), bisher vorgeschlagen? Niemand ist für Bürokratie, doch wenn es konkret um Bürokratieabbau geht, muss man immer wieder feststellen, dass die größten Bürokraten, die Lobbyisten der verschiedensten Unternehmenszweige sind.*

15. Privatisierung: Es sei Zeit für einen neuen Privatisierungsschub: Börsengang der „Beamtenbahn", Nahverkehr, Wasserversorgung, Müllabfuhr können besser von Privaten erledigt werden.

Anmerkung: *Nun soll also der absurde Börsengang der Bahn, der zum Glück durch die Finanzkrise gestoppt wurde, wieder angestoßen werden, obwohl in anderen Ländern, wie Neuseeland oder England schlechte Erfahrungen gemacht wurden und die Öffentliche Hand sich genötigt sah, die Privatisierung (zumindest teilweise) wieder rückgängig zu machen. Auch bei der Wasserversorgung (Berlin) oder bei der Müllabfuhr hat die Privatisierung nur dazu geführt, dass die Preise dramatisch gestiegen und die Versorgung schlechter geworden ist. Die einzigen, die einen Vorteil hatten, waren diejenigen, die an der Privatisierung verdient haben.*

Es gehört ein unglaubliches Maß an Ignoranz dazu, dass die Ideologen des Neoliberalismus bei uns in Deutschland nun seit dem Lambsdorff-Papier vor nunmehr genau 30 Jahren nichts dazu gelernt haben, und dass sich in der gegenwärtigen dramatischen Krise ausdrückende Scheitern ihrer Ideologie nur dadurch zu bekämpfen versuchen, dass sie eine Erhöhung der Dosis ihrer Rezeptur fordern.

Als Antwort, der gerade durch ihre Ideologie der Deregulierung und der Marktgläubigkeit verursachten Krise, verlangen sie eine weitere Verschärfung des Austeritätsregimes.

Sie haben nichts anzubieten, wie sich der „Wohlstand für alle" (Ludwig Erhard) erhöhen könnte, deshalb müssen sie mit geradezu mafiösen Methoden, nämlich mit Einschüchterung und der Verbreitung von Ängsten arbeiten, um der großen Mehrheit in der Bevölkerung ihre bittere Medizin aufzuzwingen. Solange die Bürgerinnen und Bürger sich einschüchtern lassen und sich nicht kollektiv dagegen stellen, werden die Politik und die Medien weiter die Erfüllungsgehilfen dieser „Paten" bleiben.

Strategie Europa 2020

Europa 2020 ist ein auf zehn Jahre angelegtes Wirtschaftsprogramm der Europäischen Union, das am 3. März 2010 von der Europäischen Kommission offiziell vorgeschlagen und im Juni 2010 vom Europäischen Rat verabschiedet wurde. Ziel ist „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ mit einer besseren Koordinierung der nationalen und europäischen Wirtschaft. Europa 2020 ist das Nachfolgeprogramm der Lissabon-Strategie, die von 2000 bis 2010 verfolgt wurde.

Ein erster Entwurf der Strategie Europa 2020 war im November 2009 von der Kommission zur Bürger-konsultation veröffent-licht worden, der offizielle Vorschlag folgte Anfang März 2010.Die Vorschläge der Kommission stießen im Vorfeld von verschiedenen Seiten auf Kritik: So wurde ihnen vorgeworfen, zu langfristig orientiert zu sein und wenig Ansätze für die kurzfristige Überwindung der internationalen Finanzkrise zu bieten. Zudem wurde kritisiert, dass Europa 2020 keine wesentlichen Unterschiede zu den Prioritäten der Lissabon-Strategie setze, die jedoch bei der Umsetzung ihrer Ziele wenig erfolgreich gewesen war. Umstritten war daher, auf welche Weise eine bessere Einhaltung der verfolgten Ziele durch die Nationalstaaten erreicht werden könnte.

Zu den im Einzelnen für das Jahr 2020 formulierten Zielen der vorgeschlagenen Strategie zählen:

- die Erhöhung der Beschäftigungsquote der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren von derzeit 69 % auf mindestens 75 %,
- die Erhöhung der Investitionen in F+E (Forschung und Entwicklung) auf mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts, vor allem durch eine Verbesserung der Bedingungen für F+E-Investitionen im Privatsektor,
- die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 % im Vergleich zu 1990, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und die Steigerung der Energieeffizienz um 20 %,
- die Reduzierung des Anteils von Schulabbrechern von derzeit 15 % auf 10 % und die Steigerung von Hochschulabsolventen im Alter von 30 bis 34 Jahren von derzeit 31 % auf mindestens 40 %,
- die Reduzierung des Anteils an Bürgern unterhalb der jeweils nationalen Armutsgrenze um 25 %, wodurch 20 Millionen Bürger aus der Armut entkommen sollen.

Diese Ziele sollen insbesondere durch sieben Flaggschiffinitiativen erreicht werden:

- Innovationsunion: Verbesserung der Bedingungen und finanzielle Förderung für F+E-Investitionen im Privatsektor,
- Jugend in Bewegung: Verbesserung der Bildungssysteme und Förderung der internationalen Attraktivität der höheren Bildung in Europa,
- Digitale Agenda: Ausbau des Breitband-Internets und Förderung eines gemeinsamen Marktes für internetbezogene Dienstleistungen, sowie allgemeinen Zugang zu schnelleren Netzzugängen,
- Ressourceneffizientes Europa: Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch natürlicher Ressourcen durch Förderung erneuerbarer Energien, Modernisierung des Transportsektors und Förderung der Energieeffizienz,
- Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung: Verbesserung des Wirtschaftsumfelds, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, Ausbau eines weltweit wettbewerbsfähigen, nachhaltigen Industriesektors,
- Agenda für neue Fähigkeiten und Jobs: Modernisierung des Arbeitsmarkts durch die Förderung von Arbeitsmobilität und lebenslangem Lernen, damit Arbeitsnachfrage und -angebot besser zueinander passen,
- Europäische Plattform gegen Armut: Gewährleistung sozialer und territorialer Kohäsion, sodass Wachstumsgewinne breit geteilt werden und Menschen in Armut die Möglichkeit haben, in Würde zu leben und aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen.

Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Die Tatsache, dass in der Europäischen Union 80 Millionen Menschen (jeder Sechste) von Armut bedroht sind, veranlaßte die Staatengemeinschaft, eine Europäische Plattform gegen Armut und Ausgrenzung zu schaffen. Worum es dabei konkret geht, ist hier zu lesen.Dazu fand unter Federführung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. am 10. Februar 2011 in Berlin eine Konferenz statt. Unter der Moderation von Prof. Dr. Georg Cremer, Caritas-Generalsekretär, erläuterte Walter Wolf als Vertreter der Europäischen Union Inhalte und Beweggründe. Schwierig gestaltet sich die Bemessung von Armut in den einzelnen Mitgliedsländern. Die EU definiert das Ziel, die Armut bis zum Jahr 2020 zu verringern wie folgt: "Förderung der sozialen Eingliederung, insbesondere durch Verringerung der Armut mit dem Ziel, mindestens 20 Millionen Menschen aus der Gefahr von Armut und Ausgrenzung zu bringen."

Wie die Anzahl der Menschen aus der Bevölkerung, die der Gefahr von Armut und Ausgrenzung ausgesetzt sind, ermittelt wird, wird nach drei Indikatoren bewertet (Armutsrisiko, materielle Entbehrungen, Arbeitslosigkeit) und steht den Mitgliedsstaaten frei. Holger Winkler vertrat die Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Er legte dar, dass die Bundesregierung den Indikator: Arbeitslosigkeit, speziell Langzeitarbeitslosigkeit, als Bemessungsgrundlage für die Bekämpfung der Armut und Ausgrenzung für Deutschland als sinnvoll empfindet. Basisdaten sollen die Arbeitslosenzahlen des Jahres 2008 sein. Weiterhin wird die Plattform als ein Instrument der EU angesehen und es wird keine Veranlassung gesehen, in der Bundesrepublik entsprechende Gremien zu schaffen.

In der Diskussion wurde schnell klar, dass es dafür keine Zustimmung gab. Nach meinem Eindruck war jedem bewusst, dass es sich bei so einer Zielvorgabe um eine Alibifunktion handelt. Die Schaffung von ganzheitlichen Arbeitsplätzen, ohne die Sicherung eines Lohnes, der working pur ausschliesst, kann eine Verringerung der Armut nicht bewerkstelligen. Die Zielstellung muß daher viel differenzierter und unter Einbindung der Wohlfahrtsverbände, NGOs, sowie aller anderen sozialen Initiativen erfolgen. Ich darf daran erinnern, dass wir eine derart verwässerte Zielstellung bereits bei der Reduzierung des CO2-Ausstoßes hatten.

Hier war das Erreichen des Zieles durch die bereits laufenden Vorgänge absehbar. Genau so soll es nun auch bei der Bekämpfung der Armut ablaufen. Statistische Maßnahmen, wie das Herausrechnen der über 58jährigen aus der Arbeitslosenstatistik gelten ab 2009. Wohl darum die Basis 2008. Da haben wir's ja schon fast geschafft.Dr. Bernd Schulte gab einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen, die wichtig für die Umsetzung des Vertrages von Lissabon in den Nationalstaaten und insbesondere in der Bundesrepublik sind. Hier wies er auf Besonderheiten der deutschen Sozialgestzgebung hin, In der sich anschließenden Podiumsdiskussion legten Dr. Eberhard Jüttner, Paritätischer Gesamtverband, Gabriele Schmidt, Ministerium für Arbeit,

Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und Dr. Klaus Nutzberger, Deutscher Städte- und Gemeindebund ihre Ansichten dar. Prof. Cremer machte darauf aufmerksam, dass der Abbau der vorhandenen Langzeitarbeitslosenzahlen, ohne die Verbesse-rung der schulischen und beruflichen Ausbildung, zwar bei den älteren Arbeitslosen gelänge, aber eine neue Generation von Arbeitslosen erzeugt wird, die noch nie Arbeit hatten. Meiner Meinung nach kann man auch hier mit einem statistischen Trick Abhilfe schaffen. Wer noch nie gearbeitet hat, gilt einfach noch nicht als arbeitslos.

Ich glaube, dass der Fortführung der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, besonders nach dem diesbezüglich gescheiterten Jahr 2010 seitens der Bundesregierung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Wie schwer sie sich dabei tut, sehen wir an den im Superwahljahr 2011 immer wieder scheiternden Verhandlungen bei den Hartz-IV-Regelsätzen und die sind nur ein kleiner Teil der Armutsbekämpfung.

Lächerlich hingegen wirken die immer wieder propagierten Verbesserungen für Kinder aus "armen Schichten". Wenn so etwas wirklich gewollt wäre, könnte man diese Problematik aus der Hartz-IV-Diskussion herauslösen und die vorhandenen Mittel sinnvoll in den bestehenden Bildungseinrichtungen einsetzen.

Dietmar Hamann

FLIEGENDE MENSCHEN

Regie: Jill Emerson

Musik: Claus Erbskorn

Bühne: Thomas Schneider und andere

Von und mit: Bertram Lattner, Dieter Friedrich, Harald Bicker, Thomas Schneider, Jennifer Tornovius, Klaus Seilwinder, Antje Redzepi und anderen

Eine Produktion vom Brückeladen GEBEWO-Soziale Dienste-Berlin gGmbH und Emerson & Rothmund, GbR

Zeit: Samstag, 3. November 15.00 Uhr

Sonntag, 4. November 15.00 Uhr

Ort: Ratz-Fatz

Schnellerstraße 81, 12439 Berlin

www.ratzfatzberlin.de/

Das Stück:

Inspiriert von “Das Fliegende Klassenzimmer” von Erich Kästner, ist “Fliegende Menschen” ein Stück darüber, wie man sich allein durch die Macht des eigenen Verstandes an bestimmte Orte transportieren kann. Eigenverantwortung und Selbstermächtigung, um Lebensumstände zu transformieren. Wie die Kinder in “Das Fliegende Klassenzimmer”, sind die Protagonisten von “Fliegende Menschen” wegen bestehender Bedingungen nicht in der Lage, physisch in Ferien zu gehen. Die Darsteller kommen vom Brückeladen, einem Treffpunkt für Arbeitslose, Suchtkranke, und (ehemals) Wohnungslose oder von der Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen. Mangel an Geld oder Gesundheitsprobleme machen eine Reise nach Ägypten oder Brasilien nahezu unmöglich für die Gruppe. “Fliegende Menschen” untersucht Wege, wie Einzelne schwierige Umstände überwinden, um sich selber zu beflügeln. Es zeigt auch auf, wie wir unsere eigenen Gedanken kultivieren und Gedanken anderer Menschen akzeptieren, anschauen und annehmen können, ohne sie gleich abzulehnen, nur weil sie anders denken, aussehen und handeln. Das Stück benutzt die Sprache des Theaters, um die Erinnerungen und Fantasien der Darsteller in Musik, Tanz, und Schauspiel zu übersetzen, das gleichzeitig über unsere Kräfte der Selbst-Realisierung nachdenkt genauso wie es sie umsetzt - durch das Stück, das erarbeitet wird, selbst.

Die Gruppe:

Fliegende Menschen ist der zweite grosse Produktion der Brückeladen-Theatergruppe. Die erste, das Musical *„Nachbarschaft” (mehr unter*: http://www.gebewo.de/angebote-berlin/beschaeftigung/brueckeladen.html), wurde im Mai 2011 erfolgreich in dem ausverkauften Saal im Ballhaus Ost, Berlin gezeigt. In jeder Produktion der Brückeladen Theatergruppe werden die Songs, Texte und die Choreographie von den Darstellern selbst in Collaboration mit der Regisseurin entwickelt.

Regisseurin Jill Emerson ist gebürtige Amerikanerin und arbeitet seit Anfang 2011 mit den Besuchern des Brückeladens. Das Projekt *„Nachbarschaft”* war eine große persönliche Herausforderung: Der Umstand, dass sie selbst aus einem weißen, ländlichen Mittelschichtshaushalt in Iowa stammt und hier mit Menschen arbeitet, die möglicherweise einen ganz anderen Hintergrund haben, trägt für sie zum Reiz und Nutzen eines Projektes bei, das es sich zum Anliegen macht, Brücken zwischen den Klassen zu schlagen und unser soziales Potenzial zu wecken.

ARMUTSNETZWERK e.V.

baku
Begleitung aller Krisensituationen
urteilsfrei und unkompliziert

Zukunft gestalten:

Partnerschaft zwischen dem Armutsnetzwerk e.V. und dem Verein Baku

Dieses Projekt dient der Armutsbekämpfung, der Bildung und der Stärkung der Selbsthilfekräfte über nationale Grenzen hinaus. Unsere Partnerschaft lebt aus den Begegnungen zwischen Menschen und Gruppen aus Österreich und Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt haben, Menschen in prekären Lebenslagen eine Stimme im gesamtgesellschaftlichen Konsens zu geben. Die partnerschaftliche Kooperation zielt nicht nur auf menschenwürdige Lebensbedingungen, sondern auch auf **Selbstbestimmung, Gleichstellung und Teilhabe aller Menschen** ab.

Wir wollen Erfahrungen und Visionen aus unserer Tätigkeit austauschen. **Nur gemeinsam haben wir eine Zukunft**, darum unterstützen wir die solidarische Begegnung von Menschen beider Staaten, die Zusammenarbeit von Vereinen, Organisationen und Initiativen und die Durchführung von Selbsthilfeprojekten. Wir brauchen eine Kultur des offenen politischen Dialogs und möglichst breiter gesellschaftlicher Teilhabe.

Insbesondere soll die Zusammenarbeit folgende Themenbereiche umfassen:

1. Workshops zur Förderung der Selbsthilfekräfte und zum Verständnis der gemeinsam zu lösenden europäischen Probleme..

2. Gleichberechtigtes lebenslanges Lernen unter Berücksichtigung der Prinzipien der Obdachlosenuni in Berlin und anderen Städten.

3. Gemeinsame Gestaltung von Ausstellungen, Foren und Vorträgen.

4. Medienwirksame Abgabe gemeinsam verfasster Stellungnahmen zur Sozialpolitik in Europa im Sinne der gleichberechtigten Partnerschaft aus Sicht der Betroffenen

Zwanzig Jahre und kein Ende – die Bevölkerung verarmt, die Tafeln tischen auf

Studien aus dem Oktober 2012 zeigen erneut, dass etwa 20 Prozent der Bevölkerung von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Den übrigen 80 Prozent geht es vermeintlich finanziell gut. Laut der Erhebung „Leben in Europa 2011" des Statistischen Bundesamtes, für die etwa 13500 Haushalte befragt wurden, kann jeder fünfte Einwohner der Bundesrepublik nur eingeschränkt am sozialen Leben teilnehmen. Ausgegrenzt sei, wer im Monat weniger als 952 Euro zur Verfügung hat (15,8 Prozent). Rechnet man die Haushalte mit geringer Erwerbstätigkeit hinzu, liegt die Zahl über 20 Prozent, Tendenz steigend.

Dagegen liest sich die Bilanz der Tafeln wie eine Erfolgsgeschichte: In den fast zwanzig Jahren ihres Bestehens haben die Tafeln in Deutschland ein fast flächendeckendes Netz sozialer Lebensmittelversorgung aufgebaut. Nicht mehr verkäufliche Lebensmittel aus den großen Handelsketten werden an Bedürftige weitergegeben, meist Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger_innen. Gewiss haben eifrige Statistiker auch errechnet, wie viel Tausende von Tonnen an Lebensmitteln auf diese Art „umgeschlagen" worden sind. Aber solche Zahlen, auf die gerne und stolz verwiesen werden, liefern kein Bild von der sozialen Wirklichkeit im Lande. Keine Statistik erfasst, welchen psychischen Belastungen die sogenannten „Tafelkunden" ausgesetzt sind, bevor sie sich auf den Weg zu einer dieser Ausgabestellen machen. Denn meist ist es so: einmal Tafel, immer Tafel.

Auf der anderen Seite stehen vielen Helfer_innen, die sich oft aus Nächstenliebe für diese Aufgabe zur Verfügung stellen. Ohne sie wäre ein solches Mammutunternehmen, das Woche für Woche auf die Minute genau funktionieren muß, gar nicht in der Lage, Hunderttausende von Menschen zu versorgen.

Kritisch lasst sich einwenden: Die Tafeln sind ein Business geworden, das mit der Unterstützung vieler Freiwilliger heutzutage einen Teil der sozialen Infrastruktur in Deutschland aufrecht erhält, aus der sich der Staat Schritt für Schritt zurückgezogen hat. Jedem aufmerksamen Beobachter ist nicht verborgen geblieben, welchen sozialen Kahlschlag die Hartz-Reformen angerichtet haben. Viele Beschäftigungsverhältnisse ernähren ihre Frau oder ihren Mann nicht mehr. Die Zahl der sogenannten „Aufstocker", die staatliche Unterstützung benötigen, weil der Verdienst nicht zum Überleben reicht, nimmt kontinuierlich zu.

Gab es vor den Hartz-Reformen die Diskussion um den Missbrauch von staatlichen Sozialleistungen, so bestimmt heutzutage, seit diese sogenannten „Reformen" ihre Wirkung entfaltet haben, die Diskussion über Verarmung und Marginalisierung von ganzen Gruppen von Menschen die Medien: Kinderarmut, Altersarmut usw.

Allerdings hat die Finanzkrise, die diesen Prozess überlagert, ihre Macht kaum eingebüßt. Durch gigantische Garantiezusagen haben die Euroländer die Krise in ihrem eigenen System nur hinausgeschoben, nicht aber beendet. Sichtbar wird das in den Haushalts-und Sozialkürzungen in den südlichen Euroländern, wo Menschen massiv ihre wirtschaftliche Grundlage verloren haben. Sie waren nicht die Urheber des vorangegangenen Schein-Wohlstandes, sondern nur die Opfer einer falsch verstandenen Währungsunion.

Erinnern Sie sich noch an die Einführung des Euros ? Allein die Währungsumstellung diente dazu, einen privaten Schnitt bei vielen Unternehmen zu machen, Preiserhöhungen durchzusetzen, die in keiner Statistik auftauchten. Beschwichtigung war oberste politische Verhaltensregel, um das große politische Ziel einer einheitlichen Währung nicht zu gefährden.

Heute profitieren die Lebensmitteldiscounter von der Krise, weil es ihnen möglich ist, aus kleinen Margen bei großen Umsätzen erhebliche Gewinne zu erwirtschaften, natürlich nur bei geringer Bezahlung und langen Arbeitszeiten für die Beschäftigten. Und die Verbraucher_innen sind diesem Trend über Jahre gefolgt. Aber für viele bilden Aldi, Lidl, Netto und Co kein Bollwerk

Grafik von H.Scherenberg

mehr gegen Armut, weil die soziale Schere sich fast unmerklich immer weiter öffnet.

Die Tafeln sind heutzutage oft der letzte Schritt auf dem Weg in die dauernde Armut und dem damit verbundenen sozialen Abstieg. Befeuert wird diese Entwicklung durch die Diskussion um den „demographischen Wandel". Alte sind eine Wachstumsgruppe, manche verfügen noch über ausreichende Renten, aber viele, vor allem alleinstehende Frauen, werden an den Rand gedrängt. Junge Menschen, selbst gut ausgebildet, können oft den Weg in ein geregeltes Arbeitsleben nicht mehr finden und müssen sich mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, Zeitverträgen oder Praktika über Wasser halten.

Das frühere „normale" Beschäftigungsverhältnis ist auf dem Rückmarsch, das nach dem zweiten Weltkrieg errichtete Gebäude sozialer Versorgung schwankt. Finden junge Menschen keine auskömmliche Arbeit, können sie dauerhaft keine Beiträge in die Sozialsysteme leisten. Das gesamte Sozialsystem gerät ins Wanken, weil es traditionell an den Faktor „Arbeit" gebunden ist. Börsengewinne und Kapitalerträge tragen kaum etwas zur Finanzierung des Sozialstaats bei. Die neoliberalen Privatisierungen haben attraktive Teile des Volksvermögens in die Hände von Schnäppchenjägern gebracht, die Zukunftsprognosen sind düster. Selbst Zuwanderung im großen Stil könne dieses Problem nicht lösen, heißt es aus der Feder mancher Experten.

Die unglaubliche Kraftanstrengung des Aufbaus und des Betriebs dieser fast 900 Tafeln, die es inzwischen in Deutschland gibt, hat die Armut als gesellschaftliches Phänomen keineswegs beseitigt oder auch nur gemildert. Das ehrenamtliche Engagement vieler Unterstützer_innen der Tafeln vor Ort hat die Not quantitativ eher noch verstärkt, weil der wirtschaftliche Druck für die Betroffenen zunahm. Für die „Spender" der abgelaufenen Lebensmittel entstand so eine preiswerte Entsorgungsmöglichkeit, die zudem oft noch durch Spendenquittungen geadelt wird.

Die gesellschaftliche Armut wird nicht besiegt, denn die Zahl der „Tafelkunden" steigt ständig, so stark, daß Tafeln gelegentlich an ihre organisatorischen und finanziellen Grenzen kommen. Spenden können den Finanzbedarf nicht mehr decken, Zuschüsse werden nötig. Und oft sind Kommunen bereit, die momentanen Finanzierungslücken zu schließen, gerade weil das Tafel-System so reibungslos funktioniert. So hält man sich die sozialen Probleme vieler Menschen vom Hals, für die die Gemeinde eigentlich zuständig ist, aber aus eigener finanzieller Not das Problem gerne auf die Tafeln verschiebt.

Die „Vertafelung" der Gesellschaft spiegelt die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, was inzwischen kaum noch offiziell bestritten wird, allerdings mit dem wesentlichen Nebeneffekt, dass schleichend die soziale Verantwortung des Staates durch die Tafeln „privatisiert" wird. Die Frage, wohin diese Entwicklung führen soll, ist berechtigt. Mehr Tafeln ? Mehr „Kunden" ? Das hohe Gut des Sozialstaats, das die Bundesrepublik in ihrer Anfangszeit trotz anderweitiger erheblicher Mängel (man denke z.B. an die schleppende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit) zusammengehalten hat, droht auseinanderzubrechen.

Wo es Arme gibt, muss es auch Reichtum geben. Statistiken weisen aus, in welchem Ausmaß der private Reichtum in der Vergangenheit zugenommen hat. Hinter den abstrakten Zahlen stehen Menschen, Familien, die offenbar von dieser Entwicklung der sogenannten Liberalisierung der Märkte in den vergangenen Jahrzehnten erheblich profitiert haben. Der Staat selber hat durch seine Gesetze dieser Entwicklung den Weg bereitet, die Öffnung der Märkte nutzten den Banken, Spekulanten und großen Konzernen. Die Hoffnung, dass Gewinne Arbeitsplätze im Lande schaffen würde, war eine Illusion, im Gegenteil, der Wunsch der Gewinnmaximierung setzte einen ungeheuren Wettlauf um die niedrigsten Produktionskosten in Gang: China, Indonesien, Vietnam etc. mutierten zu den verlängerten Werkbänken der westlichen Konzerne.

Die Finanzkrise offenbart gelegentlich, wie extrem sich der weltweite Kapitalverkehr „verdichtet" hat. Staaten sind bereit, unvorstellbare Summen in die Waagschale zu werfen, um einen Kollaps dieses Systems zu vermeiden. Eigentlich ist jede_r einzelne von dieser Politik betroffen, aber zumindest in Deutschland regt sich Protest dagegen erst sehr zaghaft. Jede_r versucht noch, sich mit den schlechter werdenden Verhältnissen zu arrangieren. Aber was sind die Zukunftsaussichten ? Noch mehr Verstecken der Armut ? Besonders ältere Menschen, die dembürokratischen Wirrwarr unseres Sozialsystems kaum gewachsen sind, leiden nach einem langen Arbeitsleben auch psychisch unter diesen Verhältnissen oder die alleinerziehende Mutter, die neben der Betreuung ihres Kindes sich in „Bürokratie" schulen muß, um all den Reglementierungen, der sie ausgesetzt ist, Paroli bieten zu können.

Wenn 2013 die Tafeln in Deutschland zu ihrem 20. Geburtstag von der Politik gebührend gefeiert werden, kommen – ganz sicher – die Betroffenen allenfalls am Rande zu Wort. Nichts anderes lässt der Politikzirkus der „Berliner Republik" zu. Kritik kann man in einem Wahljahr nicht gebrauchen, schöne Fernsehbilder schon eher. Könnten die „Kunden" den Tafeln zu diesem „Jubelfest" nicht in der Weise gratulieren, dass sie sich für die geleistete ehrenamtliche Arbeit bedanken, aber mit ihrer Gratulation zum Ausdruck bringen, dass aus „Kunden"- Sicht die Tafeln lieber heute als morgen überflüssig werden müssten?

Nehmen Sie diesen Artikel als Anstoß, Ihre eigenen Erfahrungen mit Ihrer Tafel aufzuschreiben und an uns zu senden. Und scheuen Sie sich nicht, Klartext zu reden. Wir werden Ihre Beiträge bündeln und veröffentlichen. Nennen Sie uns Ihren Namen und die Stadt, in der Sie leben. Vermerken Sie, ob Ihr Name unter Ihrem Beitrag erscheinen soll.

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Internetadresse:
www.armutsnetzwerk.de
E-Mail:
netzeit@armutsnetzwerk.de

Gerhard Zamzow

Urteile

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz hat am Montag, den 29.10.2012, nach mündlicher Verhandlung entschieden, dass die Bundespolizei im Rahmen von Personenkontrollen in Zügen Personen nicht anhand ihrer "Hautfarbe" auswählen darf (OVG RP v. 29.10.2012 - 7 A 10532/12.OVG). Das Gericht hat klargestellt, dass ein Anknüpfen an äußere Merkmale wie 'Hautfarbe' bei Polizeikontrollen eine verbotene rassistische Diskriminierung darstellt.

Das Landessozielgericht (LSG) Hamburg vom 11.10.2012 (L 4 AS 266/12 B ER) darauf hingewiesen, dass Unionsbürger, im vorliegenden Fall Menschen polnischer Herkunft die schon „Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hatten, also in Deutschland gearbeitet hatten, sich nicht (mehr) zum Zwecke der Arbeitssuche in Deutschland befinden und das aus diesem Grunde der Leistungsausschluss „zum Zwecke der Arbeitssuche in Deutschland" wegfällt (§ 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II) und sich damit der SGB II-Anspruch eröffnet. Dabei ist es unerheblich, dass die Unionsbürger derzeit arbeitssuchend sind.

Common oder nicht?

Am 23. und 24. Oktober fand in Salzburg die 9. ÖSTERREICHISCHE ARMUTSKONFERENZ statt.

Fortsetzung von Seite 3:

Die teilnehmenden Betroffenen waren mit der Vorkonferenz vom 22. und den Workshops sehr zufrieden. Bauchschmerzen bei ihnen verursachte ein mit Fremdworten überladenes Programm. In der doch sehr wissenschaftslastigen Veranstaltung hieß es unter anderem "zentrale Prinzipien sind: Using, Cooperating, Sharing, Contributing ...", was leider bei vielen auf Unverständnis stieß. Die Formulierungen verfehlten das Thema der Konferenz, da eine echte Kooperation nur über eine gemeinsame Sprache möglich ist. Ein großer Teil der Betroffenen hätte sich hier eine einfachere Wortwahl gewünscht.

Zum Schluß fand mit Beteiligung von Ulrich Brand, Universität Wien, Brigitte Kratzwald, Commons-Aktivistin, Alban Knecht, Sozialwissenschaftler, München sowie Michaela Moser, Ilse Arlt Institut, FH St.Pölten, allesamt Theoretiker mit gehobener Bildung und leider oft auch akademischer Wortwahl unter der Leitung von Verena Fabris, Volkshilfe Österreich, eine Podiumsdiskusion statt. Vor-konferenz wie auch die Workshops zum Thema Commons haben bei den Betroffenen den Wunsch nach echter Teilhabe noch vergrößert, so war der Unmut über die Exklusion vom Podium sehr groß.

Das am letzten Tag vorgestellte Videoprojekt von REWALK ließ leider auch nur eine Minderheit die Betroffenen zu Wort kommen.

"Mindestens ein Vertreter von Betroffenen hätte sich auf dem Podium finden müssen und bei dem Videoprojekt hätten 50%, besser mehr, den Betroffen vorbehalten sein sollen! Es ist sicher zu begrüßen, wenn sich die Wissenschaft dem Thema Armut annimmt, jedoch sollten die Betroffenen unbedingt eingebunden werden.", so Vera Hinterdorf vom Verein BAKU, Wien.

Der Umstand, dass sich bei Podiumsveranstaltungen keine Vertreter der Betroffenen fanden, ist ein Problem und das findet sich in gleicher Weise leider auch in Deutschland. In den letzten Monaten fanden in der BRD viele kirchliche wie auch weltliche Veranstaltungen zum Thema Armut statt. Bei keiner der von mir besuchten Veranstaltungen fand sich ein Betroffener auf dem Podium. So stellt sich auch einem neutralen Beobachter die Frage. "Wie ernst ist es den Veranstaltern mit der Inkusion (Einbindung) von Betroffenen?".

York Töllner

KUNST HILFT GEBEN - für Arme gegen Hunger in Köln

60 Künstler, Prominente und Kunstsammler haben insgesamt 155 KUNSTWERKE gespendet.

Rede Brigitte Hartung, Vorstandsmitglied Armutsnetzwerk e.V.

Wie fühlt man sich, wenn man arm ist?

Zum Bespiel als Rentner, wenn man ein Leben lang schwer gearbeitet hat und jetzt die Miete nicht mehr bezahlen kann? Als Alleinerziehende (r)? Wie fühlt man sich als Obdachloser, wenn die Innenstadt mit Hochglanz-Einkaufsmeilen überzogenwird und die Sicherheitsbeamten dafür sorgen, dass man diese Idylle nicht mit seinem ärmlichen Aussehen stört? Wie fühlt man sich als Alleinerziehende, wenn man zum x-ten Mal eine Ausrede finden muss, warum das Kind nicht zum Kindergeburtstag, zur Klassenfahrt, zum Ausflug mitkann, weil kein Geld für das Geschenk da ist, die ARGE das Fahrgeld wieder mal nicht überwiesen hat, die nötige Bekleidung nicht vorhanden ist?

Im Alltag bedeutet das, ständig entscheiden zu müssen, auf was man verzichten muss, jeden Tag erneut den Kampf aufnehmen zu müssen ohne irgendwelche Zukunftsperspektiven, die Ablehnung anderer Menschen zu spüren, in den Medien als Schmarotzer, Krimineller, Asozialer betitelt zu werden, von sensationslüsternen Größen der Gesellschaft oder von Politikern, die man gewählt hat oder nicht, noch depressiver werden, weil man die 10 Euro Praxisgebühr nicht hat und dann in den Nachrichten zu hören, wie viele Milliarden Gewinn die eigene Krankenkasse im letzten Jahr gemacht hat, sich immer mehr zurückzuziehen und abzuschotten.

Materielle Forderungen sind angebracht, wenn dadurch eklatante Missstände oder Notsituationen beseitigt werden könnten.

Die Politische Forderungen wären die Umgestaltung der Gesellschaft, zurück zu den sozialen Wurzeln des Miteinanders.

Das solidarische Einstehen ist verloren gegangen, seitdem alles nur noch durch angeblich fehlende Mittel begründet wird. Erstaunlicher Weise ist die Arbeitsproduktivität immer weiter gestiegen. Es werden immer mehr Werte durch die hochtechnisierte Produktion geschaffen, aber die Produzenten selbst haben nur wenig davon. Die Lohnkosten sind nicht im gleichen Maße gestiegen. Die Globalisierung ermöglichte das Ausweiten der Absatzmärkte und garantiert nun eine gewisse Zeit lang den Gewinn. Aber die Erde ist endlich. Wenn es keine neuen Märkte mehr gibt, muss nur noch für den laufenden Bedarf produziert werden. Die Auswirkungen dieser Zusammenhänge spürt man in der sogenannten Schere - Arm - Reich. Die Gewinne der Produzenten müssen viel stärker für die Allgemeinheit, für soziale Projekte aller Art eingesetzt werden. Da man Geld nur bedingt essen kann, ist es eigentlich witzlos, es irgendwo hin zu legen. Spekulative Gewinne machen einen nur vermeintlich reicher. Befriedigen kann man sich doch nur dadurch, dass man Unterschiede zwischen Arm und Reich schafft und so auf einen anderen herab blicken kann.Die Grundlage für die Besinnung auf zwischenmenschliche ethisch-moralische Werte wird im Kindesalter gelegt. **Die Forderung nach lebenslangem Lernen** ergibt sich daraus. Wir fordern gleiche Bildungschancen, Abschaffung aller Gebühren, die irgendetwas mit dem Lernen zu tun haben, Ermittlung des gesellschaftlichen Bedarfs an Berufen und zentrale gesellschaftliche Steuerung von Lehr- und Studienplätzen und das länderübergreifend, keine Ausbildung mehr, wenn nicht die Sicherheit einer Übernahme gewährleistet ist.

Forderung auf das Recht auf Wohnen: Schaffung von sozialem Wohnraum in ganz erheblichem Maße. Verankerung des Rechts auf Wohnen im Grundgesetz. **Verstaatlichung eines erheblichen Teils der Banken** und nicht nur die Schaffung von staatlichen Badbanks. Die Badbanks müssen zwangsweise nach dem Verursacherprinzip finanziert werden. **Forderung nach gerechtem Lohn** ohne einen Mindestlohn zu nennen. Im Zusammenhang mit einem Bedingungslosem Grundeinkommen (BGE) könnte es gelingen, die vorhandenen Lohnstrukturen zu durchbrechen. Wie viel Wert ist denn die Sauberkeit auf einer öffentlichen Toilette im Gegensatz zu einem sauberen Auto. Der Wert einer Arbeit lässt sich jedenfalls nach meiner Auffassung nicht alleine durch eine hohe Qualifizierung ermessen. Gesellschaftlich gesehen ist jede Arbeit gleich viel wert. Man kann allerdings den vorangegangenen und laufenden Aufwand an Lehre und Studium in die Vergütung einbeziehen.

Die momentane Lage in Deutschland
Wohnungsmarkt

Die Entwicklung am Wohnungsmarkt, insbesondere schnell steigende Preise für Mietwohnungen im Zusammenwirken mit zurückbleibender Mietzahlungsfähigkeit durch Zunahme der Armut in Deutschland, ist eindeutig die entscheidendende Ursache für zunehmende Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot. Angemessener Wohnraum in der durch Hartz IV vorgesehene Preislage ist kaum noch vorhanden. Wenn dieser, von der Regierung eingeschlagenen Kurs beibehalten wird, fehlen im Jahr 2017 800 000 Wohnungen in Deutschland. Da diese fehlenden Wohnungen nicht über Nacht gebaut werden können, zumal der soziale Wohnungsbau praktisch abgeschafft worden ist, werden sich Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit weiter verschärfen. Von 2008 - 2010 stieg die Zahl der Wohnungsnotfälle nach einer Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe von 330 000 auf 354 000. Die Bundesregierung verweigert seit dreißig Jahren eine bundesweite Wohnungsnotfallstatistik.

Oliver Jordan, Porträt

Grundsicherung und Hartz IV

Statt der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung wird der Hilfeempfänger durch Androhung von Sanktionen (Abzug bis zu 70 %, bei unter 25 jährigen bis zu 100 %) unter Druck gesetzt. Diese Sanktionen betreffen auch die Kosten der Unterkunft und führen zum Verlust des Wohnraums. Dazu kommen die Personaleinsparungen und mangelhafte Ausbildung der Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft (ARGE), die eine qualifizierte Integration in den Arbeitsmarkt nahezu unmöglich machen. Integrationsmaßnahmen wie 1Euro Jobs, Kombilohn usw. dienen eher dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Verschönerung von Statistiken als der Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.

Bildung

Kinder sollen in Klassenzimmern lernen, die von Schimmel befallen und unzulänglich beheizt sind, weil keine Gelder für längst fällige Renovierungen vorhanden sind.

Immer größere Klassen werden von überforderten Lehrern mit veralteten Lehrmitteln und Lehrmethoden durch einen immer anspruchsvolleren Lehrplan geschleust. Zudem sind die Lehrmittel und Lehrpläne im Bundesgebiet verschieden. Hohe Studiengebühren und niedrige Bildungsförderung machen es jungen Menschen aus Familien mit einem niedrigen Lohnniveau praktisch unmöglich einen gehobenen Bildungsweg einzuschlagen. Mangelnde individuelle Förderung in der Schule führt dazu, dass die hohen Anforderungen für eine Ausbildung nicht erreicht werden. Fehlende Zukunftsperspektiven und Kinderarmut schaffen Ausgrenzung und Resignation.

Kunst und Kultur

Der Zugang zu Kunst und Kultur als wesentliche Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens bleibt den Menschen an der Armutsgrenze gänzlich verwehrt.

Ralf König,
Statement über die Armut:
Hunger ist für die meisten Menschen hierzulande ein Luxusgefühl. Seit dem Frühstück nichts gegessen, gegen 15 Uhr knurrt der Magen: Hunger! Nichts Beunruhigendes, wenn man vor die Tür gehen und sich was kaufen kann. Wie schlimm muss es aber sein, genau das nicht zu können und Hunger ertragen zu müssen. Wenn das hier ein kleiner Beitrag ist, jemandem dieses schlimme Gefühl zu ersparen, dann hat es sich auf jeden Fall gelohnt, mitzumachen.

Wohnen

Das 7. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung am 13./14. März 2012 in Düsseldorf stand unter dem Motto “Armut und Wohnen – Wohnen, ein Menschenrecht!?”. Besonders vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte der immer noch nicht überwundenen Finanzkrise werden da einige Gedanken wach. Ausgelöst wurde die Krise durch eine geplatzte Immobilienblase und dem daraus resultierenden Bankrott der US-Bank Leman Brothers. Wenn wir nun den Wohnungsmarkt in Deutschland betrachten, so ist ein Run auf Wohneigentum zu verzeichnen, der die Mieten insbesondere in den Städten in die Höhe treibt. Die in der Vergangenheit praktizierte Privatisierung von sozialem Wohnungsbestand tut ein Übriges. Allerdings stehen in strukturschwachen Landstrichen Häuser leer und verfallen. Eine Selbstregulierung durch Umzug gestaltet sich schwierig. Betroffen von den hohen Mieten sind vor allem Menschen mit sehr niedrigem Einkommen und Rentner. Die einen sind auf die Arbeitsplatznähe angewiesen und die anderen möchten nach dem Arbeitsleben ihre vertraute Umgebung nicht verlassen. Insgesamt wird das Wohnen durch die immer weiter steigenden Energiekosten für niedrige Einkommen fast unerschwinglich. Der Staat kommt als soziales Gebilde seinen Pflichten in Bezug auf “Wohnen ist ein Menschenrecht” nicht nach.

Das sind unter anderem auch die Folgen der Privatisierungsbemühungen auf dem Verkehrs- und Energiesektor. Der Staat hat seine Regulierungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Die Folge der Wohnungspolitik sind Mietschulden, Mietnomaden und Obdachlosigkeit. Nicht umsonst haben wir mit dem Entstehen der Webportale Berber-Info und Armutsnetzwerk darauf hingewiesen: “Informationen für Wohnungslose, von Wohnungslosigkeit bedrohte und Menschen mit Armutserfahrung”. Besonders prekär wird die Wohnungslage für Hartz-IV-Empfänger, die durch die Mietsteigerung teilweise zu ungewollten Umzügen gezwungen werden. Die Modernisierung des Wohnungsbestandes hinsichtlich Energieeffizienz verursacht verständlicher Weise auch Kosten.

In Düsseldorf wurde darum ein Effizienzfaktor in die Grundmiete eingerechnet, da letztlich in der Gesamtheit Kosten durch geringeren Wärmeverbrauch eingespart werden. Solche positiven Beispiele brauchen aber viel zu lange, um einerseits bekannt zu werden und andererseits auch angewandt zu werden. Im Gegenteil, die konfuse Festsetzung von Mietobergrenzen durch Ermessensentscheidungen der Kommunen führen zu heillosem Durcheinander und Unverständnis bei den Betroffenen. Eine umfassende Beratung über die Rechte der Hartz-IV-Empfänger gemäß demSozialgesetzbuch erfolgt bei weitem nicht überall, obwohl diese gesetzliche Pflicht nicht dem Ermessen der Mitarbeiter der Jobcenter überlassen wurde. Es kann festgestellt werden, dass im gebeutelten Griechenland gerade wieder eine Immobilienblase wächst. Den Finanzmärkten ist es völlig egal, ob sie dann irgendwann platzt. Die Möglichkeit Geld zu produzieren, ohne eigentlich Werte zu schaffen, ist nicht nur allzu verlockend, da sogar aus Pleiten Gewinne gezogen werden.

Das ist keine soziale Marktwirtschaft; aber was ist es dann? Eine hohe Vermittlungsrate an Zeitarbeitsfirmen fördert Lohndumping. Zeitarbeitsverträge, Niedrigstlöhne und oft unzumutbare Arbeitsbedingungen. Diese führen dazu, dass Arbeitsnehmer unterhalb der Armutsgrenze leben, die Miete nicht mehr zahlen können, auf Aufstockung durch die ARGE angewiesen und dauerhaft von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Sinnlose und ungeeignete, teure Lehrgänge mit ungeschulten Dozenten (oft auch 1-EUR-Jobber) nutzen im besten Fall dem durchführenden Träger. Im Lebenslauf des Teilnehmers wirken sich solche Maßnahmen eher negativ aus. Das Kriterium zur Auswahl der Teilnehmer ist, die volle Teilnehmerzahl zu erreichen und nicht der individuelle Bedarf des Teilnehmers. Zudem ist die Teilnahme an solchen Qualifizierungsmaßnahmen nicht freiwillig, die Verweigerung oder der Abbruch der Maßnahme hat drastische Sanktionen zur Folge. Junge Menschen unter 25 trifft die ganze Härte des Sparkurses. Die Kosten der Unterkunft wurden komplett gestrichen. Das heißt, sie sind darauf angewiesen, bei den Eltern zu wohnen, oder sie versuchen, bei Fren,den unterzukommen, und sind damit verdeckt wohnungslos.

Junge Mädchen umgehen dies, indem sie schwanger werden und damit ein Recht auf eine Wohnung erhalten. Für eine Ausbildung und eine individuelle Entwicklung zum Erwachsenen ist da kein Platz mehr.

Ehrenamt

Das Hochloben des Ehrenamtes, das Sammeln und Verteilen von Grundgütern wie Lebensmittel und Bekleidung verschlimmern die Armut, führen zu Unmündigkeit und Abhängigkeit der Hilfeempfänger. Arbeitsstellen werden durch ehrenamtliches Engagement ersetzt. Die Verluste durch die „gespendeten" Lebensmittel werden von der Steuer abgezogen und auf den Verkaufspreis aufgeschlagen. Eine gesunde, abwechslungsreiche Ernährung ist durch Lebensmittelspenden nicht möglich. Altkleiderspenden sorgen dafür, dass Menschen, die darauf angewiesen sind, direkt sichtbar werden, was Ausgrenzung und Diskriminierung zur Folge hat. Die Regierung sonnt sich im Ruhm des Ehrenamtes, anstatt die Verantwortung zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass jeder Bürger die Absicherung hat, ein vollwertiges Leben in dieser Gesellschaft zu führen. Die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln und Bekleidung wird zum Alibi, die bereits weit unter Armutsgrenze liegenden Regelsätze nach Gutdünken zu sanktionieren.

Gesundheit

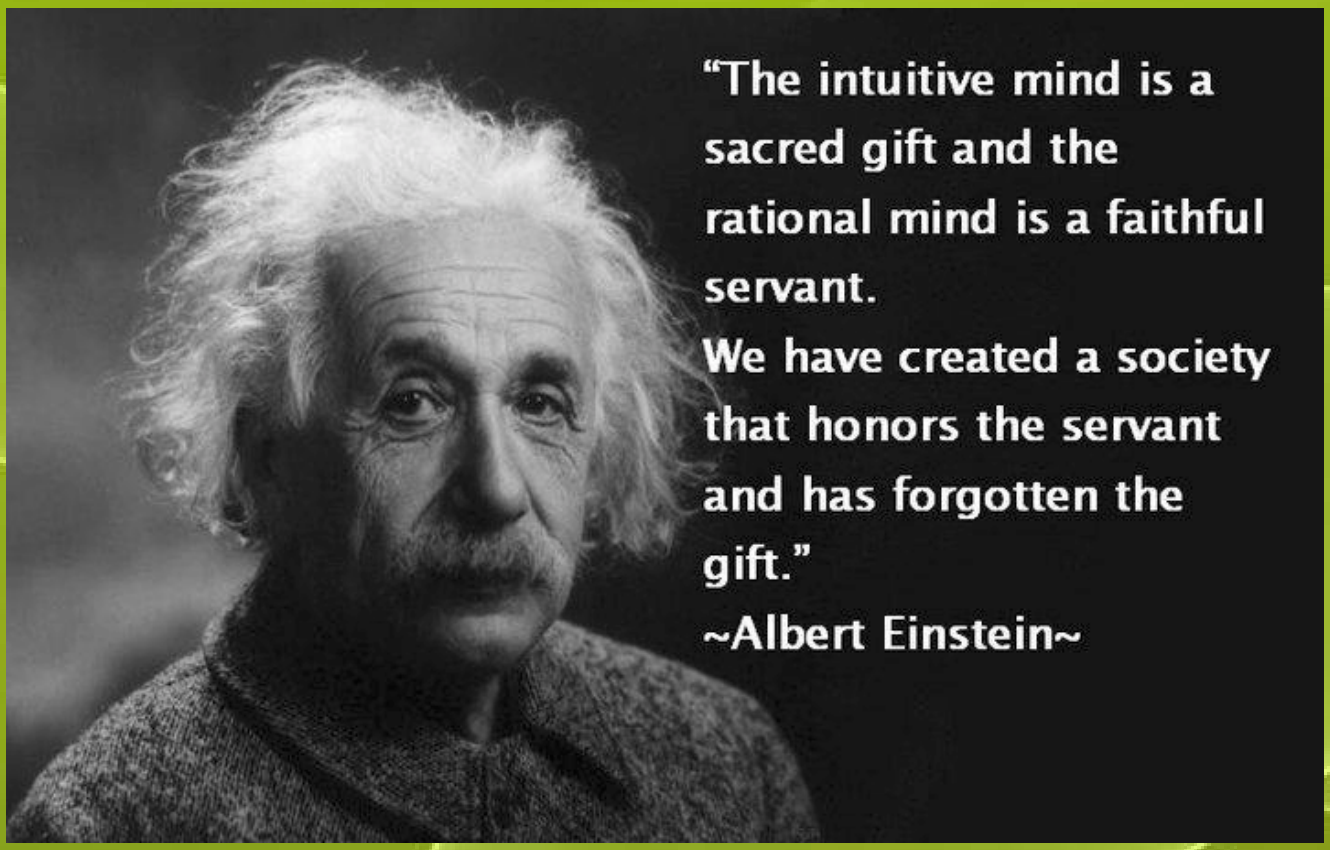
Praxis- und Rezeptgebühren machen es Menschen im unteren Lohnniveau fast unmöglich, regelmäßig zum Arzt zu gehen. Die Kürzungen im Gesundheitswesen verhindern eine ausreichende medizinische Versorgung von Kassenpatienten. Durch Niedriglöhne und zu niedrige Regelsätze ist eine gesunde Lebensweise nicht gewährleistet.

Impressum

Die “NetZeit” erscheint als monatliches Journal in ergänzender Zusammenfassung der Webseiten des Armutsnetzwerk e.V. Wir bemühen uns in den Beiträgen die ganze Bandbreite unserer Tätigkeit darzustellen. Für jede Anregung unserer Leser sind wir dankbar. Leserzuschriften werden veröffentlicht, die Redaktion behält sich Kürzungen der Texte vor. Anonyme Zuschriften finden keine Berücksichtigung, Schicken Sie Ihre Beiträge per Mail an netzeit@armutsnetzwerk.de oder per Fax an die Redaktion.

Herausgeber: Armutsnetzwerk e.V.

presserechtlich verantwortlich: Norbert Brandt
Am Deepenpool 2
27232 Sulingen
Tel. 04271 919464
Fax 04271 919465
mobil 01525 3190841
E-Mail netzeit@armutsnetzwerk.de
www.armutsnetzwerk.de



Anmerkung in eigener Sache:

Die von der Redaktion Habich herausgegebenen Ausgaben der Netzeit Oktober 2012 und unter dem Titel “Armes Deutschland” November 2012 sind nicht vom Armutsnetzwerk e. V. autorisiert. Die von Herrn Jürgen Habich veröffentlichte Zeitung ist als Neugründung anzusehen und gibt nicht die Meinung des Armutsnetzwerk e.V. wieder.